

Feministische Politiken in Zeiten von Krieg und darüber hinaus

Annemarie Sancar

Im ersten Teil gebe ich einen Einblick in ein feministisches Friedensprojekt der *FriedensFrauen Weltweit* (PWAG)¹ und der Nichtregierungsorganisation *Kharkiv Regional Foundation Public Alternative* (PA)² in der Ostukraine. Daran anschließend erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit der friedenspolitischen Debatte und mit dem Begriff der Sicherheit im deutschsprachigen Raum, insbesondere exemplarisch anhand des Diskurses in der Schweiz. Zuletzt geht es um Forderungen der feministischen Friedenspolitik sowie darum, was wir von den Frauen in der Ostukraine lernen können.

Frauenrealitäten in der Ostukraine – ein Projekt von friedenspolitischer Relevanz

Frauen in der Ostukraine leben seit 2014 unter schwierigen Bedingungen. Auch vor der ersten Besetzungsoffensive von Teilen der Ostukraine (Donezk, Luhansk) durch die russische Armee waren die »einfachen Menschen« nicht auf Rosen gebettet. Viele sind deshalb weggezogen. Wer mobil war, über genügend Ressourcen und soziale Beziehungen verfügte, die/den zog es schon

1 *PeaceWomen Across the Globe* ist ein weltweites Netzwerk friedenspolitisch engagierter Frauen. Die Webseite der Organisation: <https://1000peacewomen.org/de>; der Link zum Programm in der Ukraine: <https://1000peacewomen.org/de/programme/laenderprogramme/ukraine>

2 Die NGO arbeitet in der Ukraine im Bereich Diversität. Sie deckt Diskriminierungen, Frauen- und Menschenrechtsverletzungen auf und entwickelt alternative Strategien für die Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich Kommunikation: <https://www.ublicalternative.com.ua/en/kharkiv-regional-foundation-public-alternative/>

früher westwärts – dahin, wo nach 1991 das Kapital, gute Ausbildungsmöglichkeiten und neue Freiheiten lockten. Dennoch, viele blieben und versuchen auch jetzt, aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln mit ihren Strategien und mit gegenseitiger Unterstützung einen einigermaßen passablen Lebensstandard zu halten, der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft trotzend. Doch gerade Gewalt hat ihnen viel Leid gebracht. Gewalt – so eine der Frauen aus dem in der Folge beschriebenen Projekt – sei »normal« geworden, besonders die Gewalt zu Hause, die Gewalt gegen Menschen mit Beeinträchtigungen, Gewalt allein durch die Präsenz der unzähligen Uniformierten, die seit 2014 die Gegend sichern sollten.

Erfahrungen dieser Frauen, ihre Einsichten und ihre Situation im Alltag waren der Grund, warum *FriedensFrauen Weltweit* in dieser Region überhaupt Projektarbeit leisten wollte. Klar, es ging um Sicherheit – und zwar um viel mehr als militärische Sicherheit, um eine andere, umfassende, geschlechterbezogene soziale Sicherheit. Dabei dachte man (noch) nicht an einen offenen Krieg. Diese Möglichkeit wurde ausgeblendet, obschon heute oft zu hören ist: »Wir leben seit 2014 in Kriegszustand!«

Zusammen mit einer lokalen Partnerorganisation, die in diesen Teilen der Ukraine bestens vernetzt ist und über viele Kontakte zu Basisgruppen von Frauen verfügt, hat *FriedensFrauen Weltweit* 2021 ein Projekt der Friedensförderung lanciert, bei dem die Alltagserfahrungen der oft unter der Armutsgrenze lebenden Frauen im Zentrum stehen.

Vorabklärungen der Lebensbedingungen von Frauen in der Ostukraine zeigten, wie prekär die Lebensbedingungen gerade für Frauen sind. Im Vergleich zum Westen des Landes ist die Grundversorgung miserabel. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, die Industrieanlagen stehen weitgehend still, die Bodenschätze bleiben in der Tiefe, die strategisch wertvollen Tunnelsysteme³ sind unbenutzt. Die Armut ist groß, und viele Frauen haben Gesundheitsprobleme. Sie leiden unter fehlendem Einkommen und ausbleibenden Renten. Wer kann, geht – noch heute – in den Westen. Zurück bleiben alte, gebrechliche Menschen, Frauen mit Care-Pflichten sowie das Personal von NGOs, Sicherheitskräften und Missionsangehörige der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE)⁴ – zumindest bis Februar 2022.

3 Zinsmeister, Salz in der Suppe von »Putins Koch«.

4 Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) nahm ihre Tätigkeit am 21. März 2014 auf und beendete sie aufgrund des Kriegs am 31. März 2022. Die SMM wurde auf Ersuchen der ukrainischen Regierung und aufgrund eines Konsensbeschlus-

Die Ausgangslage des Projekts waren die schlechten Lebensumstände der Menschen, vor allem der Frauen, die fehlenden Erwerbsmöglichkeiten, eine militarisierte Öffentlichkeit, Diskriminierungen aller Art und die grassierende (häusliche) Gewalt.

Im Rahmen der *WomenPeaceTables* trafen sich Exponent:innen von lokalen Frauengruppen und NGOs 2021 zum ersten Mal. Eingeladen waren Vertreter:innen von Polizei, Schule, Arbeitsamt oder Gesundheitsdiensten. Sie diskutierten ihre Unsicherheiten im Alltag und planten Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Zu folgenden Themen stellten sie Forderungen an die Behörden: bessere Grundversorgung für alle, mehr Bildungschancen, Armutsbekämpfung, Schutz vor Gewalt, konsequente Bestrafung der Täter, sichere Räume für Kinder. Entschieden wollten sie diesen alltäglichen Unsicherheitsfaktoren, die u.a. auf die starke Militarisierung der Region zurückgeführt werden, entgegenzutreten. Die internationale Gebergemeinschaft war zwar präsent, aber in erster Linie militärisch (OSZE) und mit NGOs, die lokale wirtschaftliche und humanitäre Projekte umsetzten, ohne die bedürftigen Menschen systemisch einzubeziehen. Die Entwicklungshilfe war vergleichsweise wenig alltagsbezogen.

Der russische Angriff am 24. Februar 2022 unterbrach diesen Prozess. *FriedensFrauen Weltweit* passte daraufhin entsprechend der neuen Bedürfnisse und Aktionslinien der lokalen Frauenorganisationen in der Ostukraine die Nothilfe an. Sie besuchten Frauen in abgelegenen Siedlungen, um sie zu versorgen, und nahmen sich Zeit, um der Vereinsamung in Armut und Angst vorzubeugen. Heute ist vieles nicht mehr möglich, weil es zu gefährlich, zu kompliziert geworden ist. Dennoch ist die Solidarität bis heute groß, der Wille zum Wiederaufbau da, immer mit dem Fokus auf eine Sicherheit, die mehr ist als Schutz vor militärischen Angriffen – auf eine Sicherheit, die den Alltag der Frauen

ses aller 57 OSZE-Teilnehmerstaaten als unbewaffnete Mission entsandt. Ihre Hauptaufgaben waren die unparteiische objektive Beobachtung und Berichterstattung über die Sicherheitslage in der Ukraine sowie die Förderung des Dialogs zwischen allen Konfliktparteien. Unter dem Vorsitz von Alt-Bundesrat Didier Burkhalter 2014 wurde die zivilgesellschaftliche Begleitung der OSZE hochgeschätzt und finanziell mitgetragen, um Treffen oder Teilnahmen an Konferenzen zu ermöglichen. Damals entstand die Idee einer Arbeitsgruppe zu Frauen- und Geschlechterrealitäten in der OSZE-Region, die bis heute aktiv ist. Dazu gehören der regelmäßige Austausch mit lokalen NGOs und mit den relevanten Gremien des *Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte* (*Office for Democratic Institutions and Human Rights*, ODIHR).

auch längerfristig verbessern soll und damit auch ihre Perspektive auf eine Lebensqualität nach dem Krieg.

Die Frauen führen die digitalen und persönlichen Treffen auch nach Kriegsausbruch weiter. Im Glauben an einen Frieden schmieden sie weiterhin Pläne und entwerfen Projekte, die sie auf der *Women's Platform for Peace*, einem gemeinsamen Ort für Lern- und Wissensaustausch, teilen. Ihre Ideen für Zeiten nach dem Krieg sind Startups, Trainings oder Beratung von und für Frauen. In Online-Workshops stellen sie klar, wie ernst es ihnen mit einem gerechten Wiederaufbau ihrer Region ist, wie wichtig für sie die Überwindung aller Formen von Gewalt ist, die sie im Alltag kennen. Sie wollen erreichen, dass die Bedingungen für jede Sorgearbeit, wie die Pflege der Kinder oder der älteren, beeinträchtigten Menschen, besser werden, und dass sie von der Polizei geschützt und unterstützt werden, wenn sie häusliche Gewalt erleiden.

Im Zentrum aller Diskussionen, die wir zusammen mit der *Kharkiv Regional Foundation Public Alternative*⁵ führten und noch führen, steht die Frage: »Was bedeutet Sicherheit für mich, für uns?« Ende 2022 versammelte sich ein Dutzend der Protagonistinnen aus dem Projekt zu einem Workshop zum Thema »Storytelling«. Im Vertrauen darauf, dass alles unter ihnen bleiben werde, erzählten sie ihre Geschichte, beschrieben ihre schwierigen Erlebnisse und Erfahrungen, gaben Zeuginnenberichte aus den umkämpften Gebieten. Für sie bedeutete dieses Treffen, einen geschützten Ort für den persönlichen Austausch zu haben. Dies sei heute selten, aber enorm wichtig für ihr Selbstwertgefühl, so die Frauen, auch wenn es sehr schmerze. Ihre Geschichten sind persönliche Erlebnisse mit erfahrener Gewalt, wichtig für die Öffentlichkeit, für die Aufklärung der Kriegsverbrechen, und sie geben Hinweise, wie der Wiederaufbau nach dem Krieg aus ihrer Perspektive aussehen sollte. Trotz der Vielfalt der Geschichten gab es Gemeinsamkeiten in allen Erzählungen: »Unsere Werte sind obsolet geworden. Wir müssen uns gewissermaßen neu erfinden, neu orientieren in dieser fremdbestimmten Zeit von Krieg. Wir stehen zusammen, um gemeinsam die Selbstbestimmung zurückzuerlangen!«

Die Frauen festigen im Rahmen dieser Gespräche im gegenseitigen Austausch ein Gemeinschaftsgefühl. Dies unabhängig davon, ob sie russisch oder ukrainisch sprechen, aus den besetzten Gebieten oder aus anderen ukrainischen Städten kommen, ob sie HIV-positiv sind oder ob sie als Mütter eines im

5 Die NGO wurde 2005 gegründet; ihre vorrangigen strategischen Ziele: Antidiskriminierung und Förderung von Inklusion, Kinderrechte, Menschenrechtserziehung. ...: <https://publicalternative.com.ua/en/kharkiv-regional-foundation-public-alternative/>

Konflikt verschwundenen Sohnes für ihre Rente kämpfen. Die Erfahrung des »Storytellings« hat sie gestärkt und ermutigt, weitere Frauen einzuladen, ihre Geschichte zu erzählen. In solchen Momenten, sagen sie, würden sie Angst, Trauer und Schmerz nicht als trennend, sondern als vereinend erfahren. Jetzt, im Exil, wo sich viele der Frauen in großer Abhängigkeit befinden, sind solche Gemeinschaften wichtig. Gleichzeitig haben sie auch etwas Zerbrechliches. Sie bilden situationsbedingt entstandene Gemeinschaften. Es bleibt fraglich, ob diese an Relevanz verlieren, wenn beispielsweise die Heimkehr möglich ist oder wenn die Frauen ihre Selbstbestimmung zurückerlangen und wieder ihren individuellen Projekten nachgehen wollen. Die aktuelle Situation lastet schwer auf ihnen, daher können sie dazu kaum etwas sagen. Doch sicher ist, dass die Netzwerkarbeit sowie ihre bereits vor der russischen Invasion vom Februar 2022 angedachten Projekte sie wieder zusammenführen werden, ihnen den Mut und die Energie verleihen werden, um gemeinsam die Situation in ihren Herkunftsorten zu verbessern.

Das im Projekt entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl ist gerade in Zeiten von Krieg ein wichtiger Baustein für nachhaltigen Frieden. Die gemeinsame Bewältigung des schwierigen Alltags stärkt die Gemeinschaft. Die Frauen lassen sich nicht einbinden in die von männlichen Interessen getriebenen Machtspiele der verfeindeten Parteien, sondern artikulieren klar und deutlich, was sie heute und auch später brauchen, wenn Friedensverhandlungen beginnen.

Wir wissen nur zu gut: Investitionen in eine Infrastruktur für eine umfassende Grundversorgung, die Sicherheit für Frauen und für ihre Mitmenschen garantiert, ist teuer und aus der Sicht der Mainstream-Ökonomie wenig lukrativ. Was es also braucht, ist eine massive Erhöhung der Budgets für eine allen zugängliche Grundversorgung von guter Qualität. Das gilt auch für die Ostukraine.⁶ Die Frauen sind gefordert, ihre Alltagsbedürfnisse in Forderungen zu übersetzen und diese lautstark einzubringen in die Verhandlungen und in die relevanten Entscheidungsgremien, wenn es um die Verteilung der Wiederaufbauhilfe geht. Denn nur so werden die von den Frauen geforderten Interventionen wirklich gehört. Diese Übersetzung von Erfahrungen in der Alltagssprache in ausformulierte politische Forderungen sowie die Artikulation der Forderungen gegenüber Entscheidungsgremien sind zentrale Schritte in der feministischen Friedenspraxis. Nur so werden die Anliegen der Frauen ernst genommen und können budgetär berücksichtigt werden.

6 Sancar, Wem bringt Aufrüstung mehr Sicherheit?

Ein blinder Fleck bei der (friedenspolitischen) Linken?

Viele Linke hierzulande diskutieren geopolitische Fragen und versuchen sich in der heutigen Situation neu zu positionieren. Die Schilderungen der ukrainischen Frauen und die Kleinräumigkeit ihrer Lebenswelten haben in dieser politischen Debatte wenig Platz. Ihre vielfältigen Geschichten aus dem Alltag in Zeiten von Krieg lassen sich schwer in große geopolitische Zusammenhänge einordnen. Seit dem Ende des kalten Kriegs glaubten viele im Westen an eine einigermaßen stabile Weltordnung. Bereits mit der Besetzung von Teilen der Ukraine 2014 wurde das Prinzip der territorialen Integrität gebrochen. Es gab dazu wenig Reaktionen im Westen. Erst der Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 führte die Irrungen des Westens deutlich vor Augen. Er stellt einen Bruch dar und verlangt eine Neuorientierung. Das geschieht vor allem auf geostrategischer Ebene. Die Linke diskutiert über Sinn und Unsinn von Aufrüstung und Waffenlieferungen. »Alltagsbanalitäten«, wie sie die Frauen im Projekt beschreiben, bleiben außen vor, obschon feministische Studien immer wieder zeigen, dass der Einsatz von Waffen verheerende Konsequenzen hat für die Integrität der Frauen, für deren Lebensqualität und für ihre Sorgearbeit. Doch wer sich heute gegen Aufrüstung stellt, gilt als naiv. Wie die Erfahrungen verschiedener feministischer Forscher:innen und Friedensorganisationen wie beispielsweise *FriedensFrauen Weltweit* zeigen, existiert ein klarer Zusammenhang zwischen dem kaum regulierten Waffenmarkt (Käuflichkeit, unkontrollierte Verbreitung v.a. in Nachkriegszeiten) und der Ausbreitung von innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikten, in denen zunehmend sexualisierte, geschlechterspezifische Gewalt als Waffe eingesetzt wird. Von linker und grüner Seite wird trotzdem verlangt, die Produktion von Waffen in den Rüstungsindustrien – so die Obfrau im Verteidigungsausschuss von Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland, Sara Nanni – hochzufahren. Dies gilt allerdings nicht für die Grünen in der Schweiz.

Die Debatte hat sich zugespitzt. Mittlerweile spaltet sich die Linke in polarisierender Weise in ein Dafür oder Dagegen, vordergründig betreffend die Freigabe von Kriegsgütern, mit Bezug auf das Narrativ des Kalten Kriegs: »Wer ist Feind, wer Freund...?« Doch ist diese Frage die richtige? Infolge davon werden Kurzschlüsse gezogen wie: »Wer gegen die Lockerung des Waffenausfuhrgesetzes ist, ist gleich Freund:in Putins, der der Ukraine ihre Souveränität abspricht«. Und wer sich dafür ausspricht, wird als Verteidiger:in der fortschrittlichen Werte des Westens inszeniert. Damit sollen die anderen, die das Narrativ des Kalten Kriegs ablehnen, in die Defensive gedrängt wer-

den. Wir wissen, dass Werte auch diskursiv benützt werden: Wer wäre denn schon in der Lage, eine Liste jener »guten Werte« aufzustellen, die über die »Menschenrechte« hinausgingen, um hintergründig solche Positionen zu festigen, die die Rüstungsindustrie ankurbeln und entsprechende Entscheide durchwinken lassen? Gibt es nichts dazwischen? Oder halten wir es schlicht nicht aus, in einer durch Multipolarität erzeugten Ungewissheit zu leben? Die Polarisierung ist toxisch, heißt es aus rüstungskritischen Kreisen, denn es ist keine Auseinandersetzung zwischen gleichberechtigten Akteur:innen, sondern es sind die militaristischen, maximalistischen »Pro-Krieg-Stimmen«, welche den öffentlichen Diskurs und die Politik dominieren. Wer es noch wagt, »Friede«, »Verhandlungen«, »politische Lösungen« zu erwähnen, gilt als Verräter:in oder als naiv und ignorant gegenüber der Geschichte von Krieg und Friede. Diese problematische Konstellation verhindert eine offene Auseinandersetzung, die beiden Lager kapseln sich ab.

Doch wohin führt diese Polarisierung? Sollen wir uns nicht besser auf einen offenen, demokratischen Umgang mit Konflikten und Widersprüchen konzentrieren? Wir scheuen es, Konflikte auszutragen, doch, wie Ueli Mäder sagt: »Konflikte sind auch eine Chance. Nämlich dann, wenn wir uns dazu bewegen lassen, etwas wirklich zu überdenken.«⁷ Solche Prozesse sind anstrengend. Die Polarisierung hingegen lockt, denn sie öffnet ein großes Fenster zur Vereinfachung dieser immensen Komplexität, die sich im und hinter dem Krieg in der Ukraine verbirgt und mit der wir kaum mehr umgehen können. Diese Auseinandersetzung in Form einer offenen, demokratischen Konfliktaustragung fehlt momentan unter den Linken – wie ich das in der Schweiz feststelle. Vielleicht ist es auch die Angst, an Boden zu verlieren. Dennoch würde es sich langfristig lohnen, allein schon um des dauerhaften Friedens willen.

Die bürgerlich-konservativen Kräfte und ihre Aufrüstungseuphorie

Die Auseinandersetzung mit der Haltung konservativer Parteien und Organisationen erweist sich als deutlich einfacher. Ein zentraler Aspekt dieser Einstellung ist die nationalstaatliche Selbstverortung, die der Rüstungsindustrie und dem Heer einen zentralen Stellenwert zuschreibt. Um die nationale Sicherheit zu gewährleisten, braucht die Schweiz eine gute, schlagfertige

7 Mäder, Wichtig ist eine Kultur der Auseinandersetzung, 203.

Armee, genügend Material, gut ausgebildetes Personal. Sogar Frauen sind ok, wenn sie den Herausforderungen der Ausbildung standhalten. Aus konservativer Sicht steht über allen möglichen Variationen die nationale Sicherheit und deren Verteidigung vor dem Feind. Dabei bilden Territorium und Grenze die zentralen Bausteine des Diskurses, der mit Überwachungsfantasien beliebig bespielt werden kann. Mit dem Diskurs der »nationalen Sicherheit« lassen sich Budgeterhöhungen für die Aufrüstung und Sparmaßnahmen in den »weichen Sicherheitsbereichen« wie Gesundheit, Care-Arbeit oder weiterführende Ausbildung begründen. Ein Diskurs also, der nationale Identität, territoriale Grenzen und präventive Überwachung als selbstverständliche Aspekte der inneren Sicherheit und des »Wir« garantieren soll. Wichtig scheint mir hier die Wirkungsmacht derjenigen, die mit ihrer sicherheitspolitischen Ausrichtung gleichzeitig Diskriminierungen von Migrant:innen, nicht-binären Menschen, Geflüchteten – den »Anderen«, den Fremden also – legitimieren. Dabei können die Protagonist:innen auf eine ganze Serie von Bildern und Symbolen eines imaginären Nationalismus zurückgreifen, der in Zeiten großer Unsicherheiten den Bürger:innen ein Gefühl von Sicherheit zu verleihen mag.

Die anderen Aspekte, die bürgerlich-konservative Kreise charakterisieren, sind ihre wirtschaftlichen Interessen und die Bündnisse mit Rüstungskonzernen. Dieses zweite Standbein steht in der öffentlichen Wahrnehmung nicht im Widerspruch zur nationalkonservativen Ideologie. Vielleicht hat dies damit zu tun, dass ihr Sicherheitskonzept den Fokus auf die Verteidigung der nationalen Grenzen vor dem äußeren Feind legt und damit auch die Aufrüstung zur Verteidigung der Grenzen plausibel macht. Die Rolle, die dabei der hohen Gewinnmarge der Rüstungsindustrie zukommt, muss in diesem Zusammenhang gar nicht erst betont werden. Die Forderungen nach mehr Transparenz der Übergewinne bestimmter Firmen, die Steuerpolitik der Gemeinden und Kantone, wo Niederlassungen der Unternehmen bestehen, bleiben unbedeutende Marginalien in der politischen Diskussion.

Der neoliberale Glaube an die kapitalistische Wertschöpfung, die gewinnbringenden Geschäfte der Kriegswirtschaft, die Technologieaffinität und Liebe zu Waffen sind vielleicht einige der Beweggründe, warum es den Konservativen gelingt, diese Richtung einzuschlagen. Die Verlockung, aus der Kriegswirtschaft ökonomisch Profit zu schlagen, spornt zur diskursiven Akrobatik an, sodass die spezifische Benennung des Profits, den bestimmte Wirtschaftszweige aus dem Krieg schlagen, unterbleibt.

Genau diesen Beweggründen versucht die Linke einen Riegel vorzuschieben. Man ist abgekommen von der endlosen Debatte über die Aufweichung des bestehenden Kriegsmaterialgesetzes⁸. Die Positionen waren bereits festgefahren, und im Jahr der Erneuerungswahlen von Parlament und Bundesrat vom November 2023 bemühen sich bestimmte Kräfte der Linken mit Bezug auf die Sonderstellung der Ukraine in der westlichen Welt »Friedenspolitik« und die Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes in Einklang zu bringen. Gleichzeitig werden gerade unter Linken die Stimmen für eine andere Steuerpolitik lauter: ein Versuch, mit dem Hinweis auf die toxischen Verflechtungen internationaler Großkonzerne im Rohstoffbusiness vom Kriegsmaterial abzulenken. Die Forderung nach mehr Regulierung der Kriegsmaterialausfuhr sowie der Finanzflüsse, die aus den Übergewinnen durch Kriegswirtschaft gewachsen sind, scheint sich doch mittlerweile als zentrales Argument gegen das militaristische Verständnis der inneren Sicherheit durchzusetzen. Dabei geht es um Regulierungen des Rohstoffhandels, um Einschränkungen der Offshore-Vorteile, um die Erhöhung des Steuerfußes für Kriegsübergewinne⁹, um systematische Überwachung der Umsetzung der Sanktionen (statt um Überwachung des öffentlichen Raums, wie das die bürgerlichen Parteien so gerne einfordern).

Die politische Debatte zeigt das komplizierte Spannungsfeld zwischen Friedensförderung, Neutralität und Wirtschaftsstandort Schweiz. Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen politischen Kräfte spiegeln sich in den gehässigen, stark polarisierenden Diskussionen zwischen den politischen Parteien in der Schweiz und den zugewandten Organisationen wider. Diese zeigen, wie schwierig es ist, sich der Zuschreibung zur einen oder anderen Position zu entziehen. Gerade im Wahljahr wünscht sich die Mehrheit der Politiker:innen eine imaginierte Klarheit herbei, eine Orientierung spendende Dichotomie. Denn, so Mäder¹⁰, binäre Zugänge seien dual konzipiert, was die Komplexität von gesellschaftlichen Prozessen reduzieren würde. »Vereinfachungen sind bloss Krücken, um feine Unterschiede besser wahrzunehmen«.¹¹ Da scheint sich die Frage nach der Freigabe von Waffen

8 Auf der Publikationsplattform des Schweizerischen Bundesrechts *Fedlex* sind die jeweiligen Novellierungen des Kriegsmaterialgesetzes zu finden: Bundesrecht (admin.ch).

9 Lang, Oligarchen-Gelder und Übergewinne für die Ukraine, 4.

10 Mäder, Wichtig ist eine Kultur der Auseinandersetzung, 204.

11 Ebd., 211.

als ordnendes Prinzip anzubieten: Sie bildet eine Dichotomie pro und kontra Waffenlieferungen – mit der Folge, dass, wer immer an den politischen Diskussionen zum Ukrainekrieg teilnimmt, dem einen oder anderen Lager zugeordnet wird. Alternativen gibt es nicht. Man ist für die westlichen Werte, das heißt mehr Unterstützung der Kriegsmaschinerie, oder man ist gegen eben dieses Aufrüsten und wird dann in die Ecke der »Putinversteherr:innen« gedrängt.

Um einen Weg aus diesem »Teufelskreis der politischen Rhetorik«¹² zu finden, lohnt es, den Stimmen aus den abgelegensten Siedlungen in der Ostukraine zuzuhören und der Zivilgesellschaft Raum zu verschaffen. Denn diese ist die unverzichtbare Akteurin, sowohl im Krieg als auch für eine Friedensperspektive.¹³ Selbstverständlich sind auch hier alle gegen den Krieg, gegen Putin. Die Geschichten aus dem Alltag zeigen indes eine Vielfalt im Umgang mit den Realitäten, welche die vorgängig skizzierte Polarisierung obsolet erscheinen lässt. Offenes, respektvolles Zuhören erschwert jede pauschalisierende Zuordnung und fordert eine kritische Reflexion der eigenen Zuschreibungen. Alle reden von Frieden, alle wollen ihn, doch wie soll der Weg dahin denn aussehen, was sollen die Bemühungen kosten, wer soll bezahlen? Dabei greifen die einen auf Bilder und Symbole eines erfundenen Nationalismus zurück, die anderen eröffnen Debattenräume, wo Unsicherheit ausgetauscht und gemeinsam reflektiert werden kann. Dies geschieht oft im Wissen darum, dass in Zeiten großer Unsicherheiten die Möglichkeit der vereinfachten Einteilung der Welt in Gut und Böse, Freund und Feind, in ein Richtig und Falsch den Bürger:innen ein Gefühl von Sicherheit verleihen kann. Aus dem Blick gerät dabei die Frage, ob Aufrüstung tatsächlich mehr Sicherheit bringt oder ob sie Unsicherheiten bloß verdrängen hilft.

Aus feministischer Perspektive sind offene Räume wesentlicher Bestandteil der kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden Machtverhältnissen, denn sie bieten die Möglichkeit, dass Stimmen, vor allem die der ressourcenarmen Frauen, Gehör finden. Denn es sind solche Stimmen, die aufzeigen, was die Menschen in den umkämpften Gebieten heute, morgen und längerfristig

12 Beevor, »Die Entscheidung wird im Kampf um die Krim fallen«.

13 Der Verein OWEN – *Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.* (www.owen-berlin.de) veröffentlichte Mai 2023 auf seiner Website eine Stellungnahme von Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit: Über Frieden sprechen, aber wie? –.

brauchen. Ein Wiederaufbauplan ist nur dann tragfähig, wenn in ihn die zivilgesellschaftlichen Erfahrungen und Strategien einfließen, wenn die Menschen vor Ort die Prozesse leiten, wenn die auch in Zeiten von Krieg geleistete Care-Arbeit ins Zentrum des Wiederaufbaus gerückt wird. Dem stehen Hilfsprogramme entgegen, die sich nach dem Investitionspotential richten und die vor allem Möglichkeiten eröffnen sollen, damit (eigene) Unternehmen gewinnbringend wirtschaften können.

Care-Arbeit hingegen ist weiblich konnotiert, eine Arbeit, die als »naturgegebene« Kompetenz der Frauen gesellschaftlich festgeschrieben wird. Somit wird davon ausgegangen, vorrangig zumindest in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, dass Care-Arbeit jederzeit auch unbezahlt gewährleistet wird. Dies entspricht einem Wertekanon, der die gutbürgerliche Familie ins Zentrum stellt, der die traditionellen Geschlechterrollen stärkt und somit auch die Debatten um mehr Budget für eine familienexterne Betreuung und für neue Arbeitsmodelle in den Hintergrund drängt. Der Blick ist also zum einen gerichtet auf die innenpolitische Sicherheit mit allem, was dazu gehört an nationalstaatlichen Institutionen, zum anderen auf die Wirtschaftsinteressen, welche durch den Krieg instabil und neu verhandelbar geworden sind. Dabei geht es um die Verteidigung der Wirtschaftsinteressen des Privatsektors, um Lobbyarbeit für diese Interessen, um Zugang zu Ressourcen gegenwärtig und in Zukunft, wenn ein Friedensvertrag offiziell abgeschlossen ist und der reguläre Wiederaufbau beginnen kann.

Care-Arbeit als Kern eines gerechten Wiederaufbaus und als Basis einer Friedenskultur

Die Linke erkennt die Bedeutung der (un-)bezahlten Care-Arbeit für die nationale Volkswirtschaft und für die soziale Sicherheit der gesamten Gesellschaft an. Sie tut dies aus einer innenpolitischen Perspektive heraus und hat sie nicht in Zusammenhang mit friedenspolitischen Prozessen im Blick. Aus feministischer Perspektive ist diese Trennung indes kaum haltbar. Eine Aufspaltung in innere Sicherheit (diese Dimension bezieht sich auf das individuelle Wohlergehen¹⁴) und äußere Sicherheit (die Dimension zwischenstaatlicher Verhält-

14 Eine der Ausnahmen ist das Bundesgesetz über »Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus« (PMT), mit dem mittels neuer Technologien sogenannt potentielle Extremist:innen überwacht werden können.

nisse) kann keinen friedenspolitischen Prämissen genügen. Die linken Kräfte unterstreichen die politische Brisanz der unterfinanzierten Care-Arbeit und verlangen Budgeterhöhungen, und dies im Namen der inneren sozialen Sicherheit. Sicherheitspolitik hingegen bezieht sich auf die außenpolitische Dimension. Die Sicherheitsstrategie hat immer mit politisch brisanten Themen zu tun: mit Auf- oder Abrüstung, mit Personal in der Armee oder der Überwachung. Diese Sicherheitsstrategie ist aber losgelöst von einer umfassenden Sicherheit, die auch die soziale Befindlichkeit der Bürger:innen einbeziehen würde. Ob man nun für die Lockerung der Gesetze ist, die den Handel mit Kriegsmaterial regulieren oder nicht¹⁵ und wie man es jeweils begründet – mit der sozialen Sicherheit hat diese Debatte wenig zu tun. Im Gegenteil: Sie verhindert die differenzierte Analyse dessen, was umfassende Sicherheit bedeutet, eine Sicherheit, die Antworten findet auf alle Bedürfnisse der Bürger:innen.

Diese Verwerfungen, gerade bei der Waffenfrage, finden sich ebenso in Friedensorganisationen, ja auch in kirchlichen Kreisen, wo um eine Haltung gerungen wird, die sich mit der eigenen Vision von Frieden deckt. Offenbar wächst in den politischen Diskursen die Bedeutung des nationalstaatlichen Bezugsrahmens ebenso wie die polarisierende Unterscheidung zwischen westlichen Demokratien und autoritären, diktatorisch gelenkten Regimes. Man postuliert pauschal, alle Demokratien würden die Menschenrechte hochhalten und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Indes würden autoritäre Staaten die Menschenrechte nicht ernst nehmen bzw. diese verletzen – ein Vorwurf, der durchaus zutrifft. Aber es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass diese vereinfachende Zuordnung in keiner Weise so eindeutig erfolgen kann. Mit dieser Polarisierung gelingt es einmal mehr, die politischen Diskurse bezüglich einer Friedensarchitektur in eine Diskussion »Bist Du für oder gegen Russland?« umzuwandeln.

Für oder gegen Waffen zu sein – das hieße in dieser Logik, für die Werte Europas einzutreten oder sie aufzugeben. Eine solche Komplexitätsreduktion scheint sich immer dann zu bewähren, wenn eine Bevölkerung kriegsbedingt Unsicherheiten erlebt.

15 In der Schweiz wird die Ausfuhr von Kriegsmaterial über die Kriegsmaterialverordnung (KMV) geregelt, die eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung durch die Regierung des Bestimmungslandes vorsieht: https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1998/808_808_808/d e. Daran wurde beim Weltwirtschaftsforum in Davos Januar 2023 heftige Kritik geübt.

»Unter den aktuellen Bedingungen von Krieg und gesteigertem Nationalismus dominiert die Vorstellung, dass unsere Existenz mit jenen anderen verbunden ist, zu denen wir eine nationale Affinität haben, die wir (wieder-)erkennen, weil sie mit bestimmten kulturell spezifischen Vorstellungen dessen übereinstimmen, was ein Mensch ist.«¹⁶

Wie Judith Butler in ihren Texten zum Thema beschreibt, fördert Krieg eine nationale Vorstellung von Verbundenheit unter Menschen und nationale Vorstellungen von dem, was Zugehörigkeit ausmacht. Sicherheit lässt sich herstellen, indem das eigene Land als Einheit gegen außen geschützt wird, indem die nationalstaatliche Identität, die uns alle verbindet, verteidigt wird. Die soziale Sicherheit der einzelnen Menschen wird hintangestellt, innere Sicherheiten erscheinen als Nebensache. Diese Aufteilung in ein außen- und ein innenpolitisches Sicherheitsverständnis, in eine (bewaffnete) militärische Sicherheitspolitik der Verteidigung und in eine soziale Sicherheit, die das Wohlbefinden aller Bewohner:innen ins Zentrum stellt, unterwandert alle Bestrebungen einer feministischen Friedenspolitik: die Abwesenheit von physischer, struktureller und kultureller Gewalt – unabhängig von sozialen Kriterien wie Herkunft, Geschlecht, Alter. Umfassende Sicherheit heißt, Diskriminierungen aufzudecken, institutionellen und strukturellen Formen von Gewalt entgegenzuwirken und Ausbeutung zu verhindern.

Mögliche Konsequenzen für den Wiederaufbau

Die Situation der Frauen im Osten der Ukraine ist seit langem prekär. Das Gesundheitssystem war marode, investiert wurde kaum, auch nicht in die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete. Die Besetzung der Oblaste Donezk und Luhansk spielte dafür ebenso eine Rolle wie die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gebiete, die aufgrund der Nähe zu Russland wenig Investor:innen anlockten. In der Zukunft geht es um den Wiederaufbau, den die im Land verbliebenen ebenso wie die rückkehrwilligen, intern vertriebenen Frauen schon heute planen, mit einem Koffer voller Ideen und Projekte. Doch wie dies bei Post-Kriegsökonomien oft der Fall ist, fließen deutlich mehr Gelder in Bereiche, die wirtschaftlich interessant sind. Es braucht also eine starke Lobby, die sich für

16 Butler, Krieg und Affekt, 23.

Investitionen in Bereiche wie Care-Arbeit, in Basisgesundheitszentren, Beratung und Therapien, soziale Versicherungen und Renten, Schulen etc. einsetzt, auch wenn sich dies aus einer dem Mainstream verhafteten ökonomischen Optik nicht rechnet.

Trotz Krieg halten wir als feministische Friedensorganisation daran fest, dass Sicherheitspolitik sich an den Frauen- und Menschenrechten misst und nicht am ökonomischen Mehrwert. Dies bedeutet, dass Sicherheit neu gedacht und in einen anderen Referenzrahmen gestellt werden muss. Es braucht eine Bereitschaft, ihre Komplexität verstehen zu lernen sowie die Finanzflüsse und Gesetze entsprechend auszurichten. Ebenso wichtig ist es, symbolpolitisch wirksame Gegendiskurse zu entwerfen. Denn gerade in Zeiten von Krieg und Krise entsteht eine kollektive Angst, die allzu schnell in Empörung mündet. Und diese birgt ein hohes politisches Potential für eine verstärkte Legitimation von Aufrüstungsausgaben im Namen der Sicherheit »unserer Nation«, während der Druck, in soziale Sicherheit zu investieren, nachlässt.

Jede Aufrüstung, jeder Handel von Kriegsmaterial treibt gewaltförmige Konflikte an, und in direktem Zusammenhang damit steigt die geschlechtsspezifische Gewalt, wie Erfahrungen und Studien von feministischen Expert:innen und Friedensforscher:innen klar aufzeigen¹⁷. Was braucht es also, damit Sicherheitspolitik nicht noch die Gewalt verstärkt, sondern diese verhindert? Das Instrumentarium und die langjährigen Erfahrungen von Feministinnen in Bewegungen, Wissenschaft und Politik sind wichtige Ressourcen für eine kritische Analyse westlicher Sicherheitspolitik. Die Linke täte gut daran, dieser feministischen Perspektive mehr Aufmerksamkeit zu schenken, Grabenkämpfe aufzugeben und sich für eine umfassende Sicherheit einzusetzen.¹⁸

Einmal mehr braucht es einen Neuanfang in der Friedenspolitik, die ohne Gender-Bias für eine menschen- und frauenrechtsbasierte Sicherheitspolitik entsteht. Eine solche Friedenspolitik braucht ein großes Maß an Selbstkritik, an einer Reflexionsbereitschaft, die dominanten Denkmuster wahrzunehmen und zu hinterfragen. Gerade im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg tut eine solche Selbstreflexion Not, denn wie so oft übersehen wir – vor allem die linken Kreise – zu gerne die in unserem Diskurs verankerten Vereinfachungen, darunter auch die postkolonial anmutende (im Kalten Krieg entstande-

17 Dazu gehören u.a. Judith Butler, Cynthia Enloe, Cynthia Cockburn (siehe: Gabriel/Sancar, Gendergerechte Friedenspolitik).

18 Fankhauser, Krieg in der Ukraine: Die Linke im Stresstest.

ne) Aufspaltung in West und Ost. Ein dauerhafter Frieden bedeutet, zumindest aus feministischer Perspektive, den Mut zu einer postheroischen, solche Dichotomien überwindenden Kultur. Das führt mich abschließend zur zentralen Frage, was denn eigentlich einen feministischen Ansatz der Friedenspolitik ausmacht.

Sicherheit – das Kernstück der feministischen Politik?

Was macht einen feministischen Ansatz für Friedens- bzw. Außenpolitik aus, und ist er generell anwendbar? Feministische Außenpolitik, wie sie verschiedene westliche Staaten vertreten, kritisiert vermeintliche Sicherheitsmaßnahmen, die Militarismus fördern und normalisieren, und macht Entmilitarisierung zu einem zentralen Thema.

»Frieden kann daher nicht nur als Abwesenheit von Krieg verstanden werden, sondern es müssen strukturelle Gewalt [...] abgebaut und ein positiver Frieden erreicht werden. Feministische Außenpolitik besteht in diesem Prozess auf Inklusivität und transparenten Entscheidungen vom Lokalen zum Globalen in allen Fragen von Frieden und Sicherheit.«¹⁹

Umfassende Sicherheit bedeutet Zugang zu einer guten Grundversorgung für alle. Die Basis der sozialen Sicherheit sind Wohnen, Bildung, Kultur, bezahlbare Energie, wie Cornelia Hildebrandt, die Referentin für weltanschaulichen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung, als Soziologin im Gespräch mit der Zeitschrift *Neue Wege* festhält.²⁰ Sie plädiert für Räume des gemeinsamen Nachdenkens, denn das Wissen und die Organisationskompetenzen der lokalen Bevölkerung, besonders der Frauen, sind beste Informationsquellen für eine gute Grundversorgung, gerade auch für die Zeiten nach dem Krieg. Frauen leisten unter schwierigsten Bedingungen die Versorgungsarbeit – in Zeiten von Krieg eine Kunst! Sie kennen die Lücken, die sich im Krieg noch deutlicher zeigen. Ihre Schilderungen sind essentiell für die Friedensförderung. Das heißt, ihnen ist zuzuhören. Wir müssen über die Bedeutung von Lebensbedingungen und von menschlicher Existenz in ihrer Verletzbarkeit

19 Lunz, Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch, 51.

20 Hildebrandt, Der Ukrainekrieg als Zäsur, 12.

nachdenken.²¹ Frühere Erfahrungen zeigen indes, wie wenig Platz die Alltagserfahrungen in der Bewältigung der Kriegsschäden haben. Zeit, den Frauen zuzuhören, fehlt, obschon die Resolution des UN-Sicherheitsrates (UNSCR) 1325²² die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Friedensverhandlungen verlangt. Die vielfachen physischen, psychischen und strukturellen Gewalterfahrungen der Frauen sind aber auch als Warnsignale für potentielle Konflikte von präventiver Bedeutung.

Die patriarchalen Machtverhältnisse, die sich vor allem in der militärischen Sicherheitspolitik widerspiegeln, verhindern das Wachsen einer Friedenskultur: »Because wars and militarism are patriarchal, masculinist ideals and practices [...]«²³. Die Unterscheidung in eine innen- und außenpolitische Sicherheitspolitik untermauert diese Praxis und verhindert so das Wachsen einer Friedenskultur. Denn mit der (militarisierten) Außensicherheitspolitik verfestigen sich auch immer wieder genderspezifische Unterschiede, wie z.B. die Bilder starker Männer als Verteidiger des Vaterlandes und ihrer Frauen. Die Tatsache, dass Frauen freiwillig am Krieg in der Ukraine teilnehmen, ändert nichts, denn die Strukturen und die Logik des Militärs basieren weiterhin auf einem patriarchalischen Verständnis von Sicherheit: auf der Pflicht der Männer, die Frauen der Nation zu schützen. Frauen werden es daher nicht schaffen, rein durch ihr Engagement in der Armee dieses Geschlechterstereotyp zu unterlaufen.

Die Frauen in der Ostukraine verdeutlichen mit ihren Geschichten, wie wichtig ein umfassendes Verständnis von Sicherheit ist. Der Wiederaufbau der ukrainischen Gesellschaft ist eine Chance für eine andere, feministische Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Genderbewusstsein ist vorhanden, die (feministische) Zivilgesellschaft ist stark. Es ist also gut möglich, dass sie auch der Entwicklung in der Ukraine nach dem Krieg eine andere Richtung gibt, hin zu einer Friedenskultur, in der auch die umfassende Sicherheit Platz hat.

21 Butler, Krieg und Affekt.

22 <http://unscr.com/en/resolutions/doc/1325>. Verbunden mit dieser Resolution des UN-Sicherheitsrates ist die *Women, Peace and Security-Agenda*. Die drei Pfeiler sind Partizipation, Konfliktprävention, Schutz vor Gewalt. Viele nationale Aktionspläne setzen zudem auf den Wiederaufbau und die Versöhnung, mit dem Ziel einer gendergerechten und damit auch nachhaltigeren Friedensförderung. Siehe: <https://dppa.un.org/en/women-peace-and-security>

23 Okazawa-Rey, *Amplifying Voices Calling for Just Peace, Genuine Security and Culture of Life*, 9.

Literatur

- Beevor, Antony, »Die Entscheidung wird im Kampf um die Krim fallen.« Interview, in: Tagesanzeiger, 13.5.2023.
- Butler, Judith, *Raster des Kriegs. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt a.M./New York 2010.
- Butler, Judith, *Krieg und Affekt*, Berlin 2009.
- Cockburn, Cynthia, *Antimilitarism: Political and Gender Dynamics of Peace Movements*, London 2012.
- Enloe, Cynthia, *Globalization and Militarism. Feminists Make the Link*, Maryland 2016.
- Fankhauser, Urs, *Krieg in der Ukraine: Die Linke im Stresstest*, in: Denknnetz, Oktober 2022, Fankhauser_Linke_Stresstest.pdf (denknnetz.ch)
- Gabriel, Sidonia/Sancar, Annemarie, *Gendergerechte Friedenspolitik. Friedensarbeit und Frauenrechte im Spiegel von KOFF/swisspeace*, Essential 01/2015, Gender-oriented Peace Policy (ethz.ch)
- Hildebrand, Cornelia, *Der Ukrainekrieg als Zäsur*. Gespräch mit Cornelia Hildebrandt, in: *Neue Wege* 1/2, 2023.
- Lang, Jo, *Oligarchen-Gelder und Übergewinne für die Ukraine*, in: GSoA-Zeitung 193, Februar 2023, <https://gsoa.ch/oligarchen-gelder-und-kriegsprofite-fuer-die-ukraine/>
- Lunz, Kristina, *Die Zukunft der Aussenpolitik ist feministisch*, Berlin 2022.
- Mäder, Ueli, *Wichtig ist eine Kultur der Auseinandersetzung. Zum Umgang mit Konflikten und Widersprüchen, nicht nur über solche zwischen Linken*, in: *WIDERSPRUCH* 80, 2023, 203–212.
- Okazawa-Rey, Margo, *Amplifying Voices Calling for Just Peace, Genuine Security, and Culture of Life*, in: *Feminists Connecting for Peace, Demilitarization. PeaceWomen Across the Globe*, Nr. 1, 2022, 6–10, pwag-publicationen-feminists-connecting-en.pdf (1000peacewomen.org)
- Sancar, Annemarie, *Wem bringt Aufrüstung mehr Sicherheit? Einen feministisch-pazifistischen Frieden gibt es nicht, solange um den Sieg gerungen wird*, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.6.2022, <https://www.fr.de/politik/wem-bringt-aufruestungmehr-sicherheit-91601539.html>
- Sancar, Annemarie, *Perspektivenwechsel »Neoliberalismus«: Der Alltag*, in: *à propos* 164 (2020), 11–12.
- Zinsmeister, Nadja, *Salz in der Suppe von »Putins Koch«: Wagner-Chef äußert sich zu Russlands Besessenheit von Bachmut*, in: *Merkur*, 14.1.2023.

